

Volkstimme

Einzelpreis 60 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Ringstraße 3. — Fernsprecher: Amtliche Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 861. Postanweisung Nr. 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 36,00 Mark, monatlich 12,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 33,75 Mark, monatlich 11,25 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 36,50 Mark, monatlich 12,50 Mark. — Einzelpreis 60 Pf. — Die beigesteuerte Sonntagsbeilage 2,50 Mark, auswärts 3,00 Mark, im Restmetall 3,00 Mark, auswärts 3,50 Mark. Vereinstalender Seite 2,00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontonr.: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 64.

Magdeburg, Donnerstag den 16. März 1922.

33. Jahrgang.

Die deutsche Zitrone.

Die „Chicago Tribune“ veröffentlichte am 14. März zwei Nachrichten, zwischen denen ein innerer Zusammenhang besteht. Die eine besagt, daß die Aussichten des Bankrotts der Konferenz von Genua sich außerordentlich verringert hätten, und daß ihre Verschlebung bis zum Herbst sehr wahrscheinlich sei. Die andre enthält Mitteilungen über einen neuen, englisch-italienischen Reparationsplan. Nach diesem Plan soll die deutsche Schuld in zwei Arten geteilt werden: 40 Milliarden Goldmark sollen in der Weise mobilisiert werden, daß 10 Milliarden in Gold auf dem Wege einer Anleihe zu bezahlen, 30 Milliarden in Sachlieferungen abzuleisten wären. Darüber hinaus soll eine „ruhende Schuld“ von 65 Milliarden Goldmark bestehenbleiben, die aber nur auf Verlangen eines der Gläubiger beglichen werden soll.

Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Nachrichten ist der: die Konferenz von Genua wird desto wichtiger, je drängender das Reparationsproblem wird, das ja auf französischen Befehl in Genua nicht besprochen werden darf. Sollte auf Seiten Englands und Italiens tatsächlich die Absicht bestehen, dieses Problem in der nächsten Zeit aufzurollen, dann kommt die Konferenz von Genua im April zu früh. Ist die Reparationsfrage dagegen neu geordnet, so wird eine allgemeine Wirtschaftskonferenz die Folgeerscheinung dieser Neuordnung zu ziehen haben. Zuvor aber ist die allgemeine Wirtschaftskonferenz so ziemlich zwecklos.

Daß in England die ernste Absicht besteht, das Londoner Finanzdiktat vom Mai vorigen Jahres zu revidieren, kann nicht in Zweifel gezogen werden. Die Schwierigkeit liegt an Frankreich und im Versailler Vertrag, nach dem Deutschland gegen den Widerpruch auch nur eines einzigen seiner Gläubiger kein Teil seiner Schuld erlassen werden kann. Da sich Frankreich bisher immer noch auf unmögliche Summen versteift hat, während man in England mit den Möglichkeiten zu rechnen versucht, sucht man nach einem Kompromiß. Ein solches wurde, genau besehen, schon im Londoner Finanzdiktat versucht, das Deutschland die phantastische Summe von 132 Milliarden auferlegte, sie aber sogleich wieder in zwei Teile zerlegte: in die 50 Milliarden der Serie A und B und die 82 Milliarden der Serie C. Das gab die fiktive Summe von 132 Milliarden, von denen jedoch der größere Teil schon von Anfang an bestimmt war, schließlich ganz in den Kausdampf geschriebe zu werden.

Dieses Manöver verfehlte jedoch seinen Zweck. Die geheimnisvolle Serie C lastete wie ein Alp auf den Serien A und B. Die Lage wäre viel leichter geworden, wenn man von Anfang an gesagt hätte, daß man ernstlich nur auf die 50 Milliarden rechnet, die restlichen 82 aber als uneinbringliche Forderung betrachte.

Da jenes Manöver fehlschlug, versucht man jetzt, wenn der „Chicago Tribune“ Glauben geschenkt werden darf, das Problem auf andre Weise der Lösung näherzubringen. Die Gesamtsumme wird von 132 auf 105 Milliarden ermäßigt und abermals in zwei Teile zerlegt, von denen der erste, die 40 Milliarden, ernst zu nehmen ist, während der zweite nur auf dem Papier stehenbleiben soll, um die Rechtsansprüche, auf die Frankreich nicht verzichten will, offen zu halten. Man glaubt, daß ein Deutschland, das real nur mit 40 Milliarden Goldmark belastet ist, Kredit finden und in die Lage versetzt werden würde, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Ob sich diese Berechnung als richtig erweist, wird die Zukunft lehren müssen, falls das Projekt einmal in die Tat umgesetzt werden sollte. Die Entscheidung über sein Gelingen wird aber bei Frankreich bleiben. Solange sich keine französische Regierung findet, die den Mut hat, dem französischen Volk zu sagen, daß das Londoner Finanzdiktat undurchführbar ist, und daß man sich mit einem ziemlich mageren Ausgleich werde begnügen müssen, solange werden die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Deutschlands im Unsichern hängenbleiben, und wird die Kreditgewährung an Deutschland, ohne die eine praktische Lösung überhaupt unmöglich ist, unmöglich sein.

Zweifellos ist, daß sich die Entscheidung des Reparationsproblems nach einer vernünftigen Lösung bewegt. Darin liegt der deutliche Beweis dafür, daß die Annahme des Londoner Finanzdiktats und die Erfüllungspolitik richtig gewesen sind. In einer Versammlung der demokratischen Partei Berlins hielt dieser Tage der republikanisch

gestimmte General von Schönald eine Rede, in der er erzählte, daß ein volksparteilicher Abgeordneter nach der Annahme des Londoner Ultimatus zu ihm gesagt habe: „Selbstverständlich habe ich gegen die Annahme gestimmt, aber ich war froh, daß es angenommen wurde. Die Folgen wären ja sonst nicht auszuendenken gewesen.“ Gleichwohl lästern die Stinnesier die Erfüllungspolitik auf Schritt und Tritt.

Gäßen wir sie unter sozialdemokratischer Führung nicht betrieben, wäre aus der deutschen Zitrone schon der letzte Tropfen herausgepreßt worden. So aber können wir hoffen, daß uns noch etwas mehr als die Schale erhalten bleibt.

Eine Niederlage der Reaktion.

Aus München wird uns geschrieben: Nach sechsmonatigem Ruhhandel zwischen den bürgerlichen Parteien des Bayerischen Landtags wegen Wiederaufnahme der Mittelpartei in die Koalition hat sich ergeben, daß die 13 demokratischen Abgeordneten nicht durch das skandinavische Joch der deutschnationalen, antisemitisch-rechtskonservativen Preiskämpfer des Rückschritts gehen wollten. Sie hielten es, dem kräftigen Einwirken aus Franken, für das kleinere Übel, sich demokratisch zu gebären und der Wiederkehr des Kahr-Regiments zu opponieren. Gar mancher von ihnen ist jedoch vor der eignen Courage erschreckt oder sieht mit einem heitern, einem nassen Auge der weitem Entwicklung der Dinge entgegen. Die Aktion der Demokraten war übrigens mit der schönen Geste des Verzichts auf den Sessel des Handelsministers Hamm und dem Anerbieten des Austritts aus der Koalition vergiert, bei gleichzeitig fortdauernder Unterstützung ihrer Politik.

Doch länger es wohl nun bei der schönen Geste bleiben. Der seit längerer Zeit seinem Verus im Umherziehen obliegende Ministerpräsident wurde telegraphisch zurückberufen, um den bayerischen Regierungskarren wieder flott zu machen. Das wird ihm nicht schwerfallen. Die Kathisten der Mittelpartei, samt ihren Helfershelfern in der Bayerischen Volkspartei haben es trefflich verstanden, durch ihr Hänkepiel und die Dreistigkeit und Maßlosigkeit ihrer reaktionären Ansprüche alle Brücken zu den andern bürgerlichen Parteien abzubauen. Graf Verchenfeld wird es gelingen, von den Demokraten das Opfer auf dem Altar demokratischer Prinzipien fern zu halten, sie werden in der Koalition bleiben, und Hamm, ein „Freihandelsbursche“ strengster Observanz, wird auch noch fernerhin einen Ministerposten erhalten. Die deutschnationale Mittelpartei, die auch in Föderalismus und Partikularismus „macht“, wird, außerhalb der Koalition stehend, alles unterstützen, was sich nicht in der Richtung des sozialen und politischen Fortschritts bewegt.

Unter der Oberfläche vollzieht sich jedoch ein innerer Zerlegungsprozess in allen bürgerlichen Parteien. Unter den 13 Demokraten sind nicht alle erfreut über die Wandlung der Dinge und den Sieg der Demokratie. Der rechte Flügel der Bayerischen Volkspartei unter Führung strebsamer Regierungsräte und geistlicher Rückwärtler strebt nach wie vor zu Kahr hin und der zwischen ehemaligen Anhängern der Räterepublik und agrarischen Zielen schwebende Bauernbund ist politisch überhaupt nicht ernst zu nehmen. Die Niederlage des Kathismus ist neben den Demokraten dem Gros der Bayerischen Volkspartei zu danken, das, in Ablehnung an die Zentrumspolitik, eine „demokratische“ Haltung noch für opportun hält.

Wie sehr es in der bayerischen „Ordnungszelle“ indessen gärt und brodelt, erweist die Tatsache, daß der Minister des Innern, Dr. Schweyer, in Abwesenheit des Grafen Verchenfeld seine eigne kathristische Politik weiter betreibt. Bagte er es doch vor einigen Tagen, von der Eventualität eines neuen bayerischen Ausnahmegesetzes zu reden, wofür alle Anordnungen getroffen seien, wenn Ruhe und Ordnung im Lande gestört würden. Dabei hat sich doch gezeigt, wie überflüssig der bayerische Ausnahmezustand war. Auch gegen das Reich schlug der zum Minister aufgestiegene Bureaufkrat anfänglich der Ermittlung der Erzberger-Rörder Lüne an, die direkt der „Säcke“-Politik des Grafen Verchenfeld widersprechen. Auch diese Symptome offenbaren die innern Gegensätze der bürger-

lichen Parteien und die auf schmalen Basis ruhende Verchenfeld-Politik.

Man würde daher fehlgehen, aus der jetzigen Niederlage der Kathisten Schlüsse auf eine Gesundung der politischen Zustände in Bayern zu ziehen. Solange nicht durch Newthalen der Geist der Unwahrhaftigkeit und Zweideutigkeit der bayerischen Politik ausgemerzt ist, so lange ist an ihre Einreihung als vollwertiges Glied der Reichspolitik nicht zu denken. Ob durch die Niederlage der reaktionärsten Partei die Aussicht auf eine gründliche Aenderung erschlossen ist, wird sich bald zeigen.

Hermeswein und Weinsteuer.

Die Wein- und Sektsteuer beträgt 12 Mark für eine Flasche Sekt und 20 Prozent des Verkaufspreises vom Weine. Danach lag auf den Weinsendungen, die Minister Hermes vom Wingerverein in Trier erhielt, folgende Steuer:

Die Weinendung Nummer 1 belief sich nach Rechnung vom 27. April 1920 auf 8480 Mark, die Steuer betrug demnach 1688 Mark. Die zweite Sendung vom Februar 1921 enthielt 10 Flaschen Sekt, macht 120 Mark Steuer. Ferner 100 Flaschen Wein, deren Wert von einer Firma mit 3500 Mark — viel zu gering — geschätzt wird, was eine Steuer von 700 Mark ausmacht. Das „Berliner Tageblatt“ hat noch von einer dritten Weinendung gesprochen, doch ist darüber nichts Näheres bekannt. Die Steuer für die ersten beiden Weinendungen machen zusammen 2508 Mark. Hermes hat für die erste Sendung 561 Mark bezahlt. Ein Zahlungsnachweis für die zweite Sendung ist bisher nicht veröffentlicht worden; aber bei 3 Mark für die Flasche hätte er 330 Mark bezahlt, zusammen also 891 Mark.

Da wir annehmen, daß der Wingerverband den für den gegenwärtigen Reichsfinanzminister bestimmten Wein richtig versteuert hat, ergibt sich, daß er nicht nur den Wein sozusagen umsonst geliefert hat, sondern dazu noch 1615 Mark Barauslagen an Steuern für den Hermeswein gezahlt hat, ohne einen Gegenwert zu erhalten.

Die 8000 Zentner Zucker rechnen doch nicht. Diese Unterstützung hätte der Wingerverein in Trier ja ohnehin erhalten. Und daß etwa eine Barunterstützung aus Staatsmitteln erfolgt wäre, wird heute energisch dementiert.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags wird ja feststellen, was an all den Behauptungen Wahres ist, wird auch die Steuer für die Hermesweine in den Kreis seiner Untersuchung zu ziehen haben.

Vor einem Arztstreik?

Die Verhältnisse zwischen Krankenkassen und Ärzten sind so gespannt, daß jeden Tag mit dem Ausbruch großer Streiks gerechnet werden muß. Eine Anfrage des demokratischen Abgeordneten Biegler im Reichstag macht die Reichsregierung auf diese Gefahr aufmerksam und verlangt Auskunft, welche Maßnahmen die Reichsregierung zum Schutze der Versicherten zu treffen gedenke.

In ihrer ausführlichen Antwort verweist die Regierung darauf, daß das Reichsministerium auf Mittwoch den 22. März die streitenden Parteien zu einer nochmaligen Verhandlung nach Berlin eingeladen habe. Dann heißt es wörtlich: „Sollten die Bemühungen, den Eintritt des vortraglosen Zustandes nicht abwenden können, so wird allerdings nichts übrigbleiben, als durch ein Notgesetz den Kassen die erleichterte Anwendung des § 370 der Reichsversicherungsordnung zu ermöglichen. (Dieser Paragraph gibt den Krankenkassen das Recht, an Stelle der freien ärztlichen Behandlung eine Geldabfindung zu gewähren. Die Redaktion.) Der normale gesellschaftliche Zustand legt den Krankenkassen die Verpflichtung auf, den Kranken die ärztliche Hilfe in Natur zu beschaffen, nicht aber auch den Ärzten die Pflicht, eine solche Hilfe zu gewähren.“

Es liegt auf der Hand, daß durch diese Ungleichheit die Krankenkassen bei Streikfällen in eine schwer erträgliche Zwangslage versetzt werden können. Es entspricht nur der Billigkeit, sie hier zu schützen.

Im Reichsarbeitsministerium wird daher der Entwurf eines Notgesetzes vorbereitet, das nötigenfalls mit aller Beschleunigung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden wird, es sei denn, daß der Reichstag in dem ihm vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über Aenderungen der Reichsversicherungsordnung eine entsprechende Bestimmung selbst einfügt.

Streifen, und Schwierigkeiten zu machen. Der Vordredner hat versucht zu beweisen, daß in der Reichswehr Geheimorganisationen bestehen. Ich stelle fest, daß auch nicht in einem Fall ein Beweis versucht wird. Von all den Geheimorganisationen, die hier vorgebracht wurden, bleibt gar nichts übrig. Die Behauptung, es beständen Beziehungen der Reichswehr zum Verband nationalsozialistischer Soldaten, ist ohne den Schatten eines Beweises ausgesprochen worden. Würde der Beweis erbracht werden, so würde ich sofort einsteigen.

Hg. Thomas-Wendelin (Komm.): Diese Rede zeigt den Geist von Potsdam, der erhalten bleiben soll. Früher hatten wir ein Heer mit monarchistischen Offizieren und proletarischen Soldaten, und heute haben wir ein demokratisches Heer mit monarchistischen Soldaten. Erst nach Erringung der politischen Macht des Proletariats werden wir ein Volksherr haben.

Das Ministergehalt wird bewilligt. Angenommen wird eine Entschädigung, wonach Angehörigen der früheren Wehrmacht, die sich der Anspruch auf Verleihung des Eisernen Kreuzes erworben haben, die Auszeichnung noch erhalten können.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. Schluß 1/2 8 Uhr.

Wirtschaftsprobleme.

Die Beratung des Haushaltsplans des Ministeriums für Handel und Gewerbe wurde am Dienstag im Preussischen Landtag fortgesetzt.

Dabei führte Abgeordneter Lüdemann (Soz.) aus: Als Arbeitervertreter müssen wir die schwersten Bedenken dagegen geltend machen, daß das Wiesbadener Projekt gezeichnet ist und nach dem Abkommen von Genua an die Stelle des kontrollierten Verkehrs eine völlig freie Wirtschaft treten soll. Das Unternehmertum hat nach Aufhebung der Zwangswirtschaft keine Preise beträchtlich an die Weltmarktpreise herandrängen können. Auf die Verteuerung der ausländischen Produkte folgt sofort eine entsprechende Verteuerung der im Inland mit inländischen Rohstoffen hergestellten Waren. Die Reichsregierung sollte mit dem Abbau der Zwangswirtschaft etwas langsamer vorgehen. Die Unternehmer haben die Hand an der Gurgel des Staates. Es ist doppelt und dreifach geboten, Wirtschaftskräfte zu errichten, in denen die Arbeiterschaft paritätisch vertreten ist. Die Handelskammern müssen ebenso wie die Handwerkskammern eine paritätische Zusammenfassung erfahren. Die preussischen Staatsbetriebe sind sicherlich in ihrer wirtschaftlichen Organisationsform wie in bezug auf ihre Betriebsmethoden verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig. Man soll aber nicht immer sagen, daß sie unrentabel sind, selbst in Nordamerika haben die Privatbahnen im Jahre 1920 Staatszuschüsse erhalten. Bei der Vergabe von Staatsaufträgen müssen alle Schichten der Wirtschaft berücksichtigt und ungerechte kapitalistische Gewinne ausgeschlossen werden. Die Bauhütten und andere soziale Produktivgenossenschaften dürfen nicht übergangen werden. Auf den lebenden, arbeitenden Menschen baut sich unsere Zukunft auf. Darum muß der

Achtstundentag

vor jeder Durchbrechung bewahrt werden. (Lebhafte Beifall links.) Wir begrüßen die Bestrebungen, den Arbeitern eine vertiefte Bildung zu vermitteln. Nur mit Qualitätsarbeitern, die Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge haben, kann der Wiederaufbau vollendet werden. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Hg. Schöner (Ztr.): Die Erfüllungspolitik haben wir unterstützt und hoffen, daß die Eintracht in die Notwendigkeiten der Weltwirtschaft auch in Genua den Sieg davontragen wird. Die Annäherung an die Weltmarktpreise muß die deutsche Wirtschaft in eine schwere Krise bringen. Dem Wucher muß energisch zu Leibe gegangen werden. Einer paritätischen Forderung der Handels- und Handwerkskammern können wir nicht zustimmen.

Hg. Brunk (Dt.-natl.) wünscht, daß der Minister in der Besinnung seines Vorgängers wandeln möge und äußert schwere Bedenken gegen das Wiesbadener Abkommen.

Handelsminister Siering: Bei der Beurteilung unierer Wirtschaftslage dürfen wir nicht vergessen, daß unsere wirtschaftlichen Interessen nicht von Deutschland bestimmt werden. Das deutsche Problem ist ein wirtschaftspolitisches Problem. Wir befinden uns in einer Zeit dauernder und unangemessener Preissteigerungen. Mit den früheren Atempausen zwischen den einzelnen Steigerungsperioden ist es vorbei. Am 1. Februar wurden die Eisenbahngütertarife erhöht, am 1. März folgte eine weitere Erhöhung, aber immer noch entscheidend die Steigerung nicht dem

Sinken des Geldwertes.

Was noch von der Zwangswirtschaft vorhanden ist muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Wenn die Getzeideumlage vermindert, können wir die arbeitende Bevölkerung nicht mehr ernähren. Unter allen Umständen werde ich an dem Achtstundentag festhalten. Ich stehe auf dem Standpunkt eines achtstündigen Arbeitstages, gebe aber zu, daß in den Verkehrsunternehmen ein solcher nicht immer angebracht ist. Vor kurzem ist zwischen der Finanzminister des Reiches und Preußen ein Einverständnis erzielt worden, daß das Reich und Preußen zusammen je zur Hälfte eine Garantie mit dem Höchstbeitrag von 10 Millionen Mark für Darlehen übernimmt für die Kredite an nacheinander Handwerker, Gemeindefreiwirtschaft und kleine Landwirte Oberdeutschlands. (Beifall.)

Hg. Nimer (Unabh. Soz.) erucht den Minister, unter keinen Umständen den Achtstundentag aufzugeben. Er empfiehlt einen Antrag seiner Fraktion, die Fischaustrich so lange zu verbieten, solange der Inlandsbedarf nicht gedeckt ist.

Fischer (Dem.) wünscht die Beibehaltung der Handwerks- und Handelskammern in der bisherigen Form.

Hg. Wogge (Komm.): Von den außerpolitischen Konferenzen hat die Arbeiterschaft nichts zu erwarten. Wir beantragen den Sechs-Uhr-Abendsschluß und die Bewilligung von 500 Millionen Mark für die Arbeiter-Konsumgenossenschaften zur Beschaffung billiger Lebensmittel.

Am 6 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr.

Der kommunistische Achtstundentag.

In der letzten Leuzingerdebatte im Württembergischen Landtag führte Landtagsabgeordneter Wulle (Nabensburg, Kommunist) über den Achtstundentag aus:

... Einen schematischen Achtstundentag hat es überhaupt noch nie gegeben. Es ist richtig, daß in Rußland der Achtstundentag im Interesse des Arbeiterstaats und seiner Existenz abgeschafft werden mußte; und wenn wir dazu kommen, die Macht zu erringen, dann werden auch wir den Achtstundentag vorübergehend beseitigen müssen (Südt. hört!), denn Sie (nach rechts) werden ja weiter nichts hinterlassen als einen großen Trümmerhaufen...

Bezeichnenderweise wurde diese Stelle bei der Berichterstattung in der kommunistischen Presse unterschlagen. Dafür fallen die Kommunisten fortwährend über die Sozialdemokraten her, wenn auch sie einmal belonen, daß ein schematischer Achtstundentag nicht überall möglich ist. Übrigens: Trümmerhaufen! Siehe Rußland unter der Kommunistenherrschaft.

Notizen.

Laogordnung für Genua. Die in den Grundzügen vorliegende Laogordnung der Konferenz von Genua stützt sich auf die in Genua vereinbarten Beschlüsse und sieht die Wiederherstellung des europäischen Friedens auf fester Grundlage als eine der Hauptbedingungen für die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens, aber ohne Benachteiligung der gefassten Verträge vor. Es werden vier Sachverständigen-Kommissionen ernannt, welche für die Wiederaufrichtung von Rußlands, für Finanzfragen, für Wirtschafts- und Handelsfragen, und für den internationalen Transport und Verkehr.

Handaranten-Attentat. Gegen die Wohnung eines Wollereibesitzer in Nyhnit wurde ein Attentat verübt. Es wurde eine Handarante in das Kinderkammerzimmer geworfen, die die 17jährige Tochter durch Brenntat in das Gesicht und an der Brust schwer verletzte. Der Sachschaden ist erheblich. Das Attentat war offensichtlich gegen den Sohn gerichtet, der im Selbstschutz während der polnischen Aufstände tätig gewesen sein soll.

Aus der bairischen Mörderzentrale. Blättermeldungen aus Döfenburg zufolge hat das dortige Gericht die Haftbeschwerde des Münchner Rechtsanwalts Dr. Adolf Müller, der unter dem Verdacht der Beihilfung der Mörder Erzbirgermörder in Genua genommen worden ist, abgewiesen.

Defizit in Thüringen. Der thüringische Etat schließt mit einem Defizit von 205 Millionen Mark ab, obwohl die bisher noch nicht veranlagten Grund-, Gewerbe- und Einkommensteuern als Plus gebucht sind. Ohne diese Steuern würde sich ein Defizit von 410 Millionen Mark ergeben.

Noch keine Klarheit über Oppaus Ausblick. Der Arbeiterrat der Badischen Uniklinik- und Sodafabrik beröfentlicht zu den bisherigen Untersuchungsresultaten betr. das Oppauer Explosionsunfall eine längere Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Arbeiterchaft über den Verlauf der Untersuchung beunruhigt und die Entschuldigungsursache noch nicht geklärt worden ist. Gegen das wiederum eingeführte Akkord- und Prämien-system der Fabrik wird Einspruch erhoben mit der Begründung, die Belegschaft werde dadurch von neuem auf ein Pulverfaß gesetzt.

Massenanweisung in einer höheren Schule. In der staatlichen Bildungsanstalt Lichterfelde, der ehemaligen Kadettenanstalt sind über 50 Lehrlinge zum Teil solche, die kurz vor dem Abschluß ihrer Schulbildung standen, ausgewiesen worden. Diese Schule wurde von den Deutschnationalen besetzt, um aufzugeben gegen die Republik und gegen die als Republikaner bekannten Schüler. Die Treiber wurden schon gepflegt, während Genosse Haensch noch Kultusminister war. Er vürand es aber nicht, die Ordnung zu schaffen. Weil aber immer Nachschub geübt wurde, erreichte die Frechheit der Schüler einen solchen Grad, daß man jetzt einmal gründlich zurechtweisen mußte. Die aus ihrem normalen Lebensweg gekehrten jungen Leute mögen sich bei den deutschnationalen Helfern für ihr Unglück bedanken.

Am das Arbeitszeitgesetz. In unserer letzten Nummer brachten wir unter „Notizen“ einen kurzen Bericht betreffend Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz, der allgemein die Gewerkschaften übermittelte worden war. Die deutschen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften stellen nun fest, daß dieser Bericht nicht von ihnen ausgeht und nicht den Tatsachen entspricht. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Gewerkschaften versuchen würden, die Verbreiter solcher Berichte festzustellen und sie so anzumauern, daß in Zukunft ihnen das Handwerk gelegt werden kann. Ueber die Beratungen betreffend das Arbeitszeitgesetz teilt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ mit: Die zwischen den Vertretern der Spitzenorganisationen stattgefundenen Vorberatungen über das Arbeitszeitgesetz sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Uebereinstimmung besteht aber darin, daß an der achtstündigen Arbeitszeit nicht geändert werden darf. Das allgemeine Arbeitszeitgesetz dürfte noch viele Monate auf sich warten lassen; dagegen besteht die Aussicht, für das Eisenbahnpersonal zu einer provisorischen Regelung zu kommen, wenn zischen den Spitzenorganisationen und gleichzeitig auch mit dem Verkehrsministerium eine Verständigung herbeigeführt werden kann. Die Reichsgewerkschaft, die vor dem Eisenbahnerstreik gegen eine provisorische Regelung war, scheint jetzt ihren Protest aufzugeben und an dem Provisorium mitarbeiten zu wollen. Sollte es zu einer Sonderregelung für das Eisenbahnpersonal kommen, so ist für die Gewerkschaften Voraussetzung, daß die Vorschriften im Einklang stehen mit den in dem allgemeinen Gesetz zu erwartenden Festsetzungen.

15 000 Rubel für einen Brief. In Sowjetrußland ist für den internationalen Postverkehr ein neuer Vortarif eingeführt worden, nach dem eine Postkarte mit 6000 und ein gewöhnlicher Brief mit 20 Gramm mit 15 000 Rubel freigegeben werden muß. Die Einfuhrgebühren betragen weitere 15 000 Rubel.

Reichstagsabgeordneter Hoch verunglückt. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Hoch ist auf dem Wege zum Reichstag in Berlin gestürzt und hat so erhebliche Verletzungen erlitten, daß er von einer Unfallwache in das Reichspostgebäude geschafft werden mußte. Der unabhängige Abgeordnete Dr. Moise leitete ihm die erste Hilfe.

Der Streik in Südafrika. Die Regierungstruppen über einen starken Druck auf die Streikenden aus. Das Streikkommando in Maratiburg wurde angegriffen. Das Streikkommando von Fordsburg wurde aufgefordert, sich zu ergeben, weil es sonst beschossen würde.

Wirtschaftlicher Terror. Aus Moskau wird gemeldet, daß wieder Massenverhaftungen von Arbeitern, besonders von Eisenbahnern, stattfinden. Wieder sind mehrere aktive Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei verhaftet worden. Für den Prozeß gegen das Zentralkomitee der Sozialrevolutionären Partei wegen der vor 3 Jahren stattgefundenen Vorbereitungen zum Attentat auf Lenin und Trotzki ist der Termin jetzt endlich zum 20. März anberaumt worden.

Depeschen.

Auszahlung der neuen Beamtengehalte.

Ab. Berlin, 15. März. Im Beamtenauschuß des Preussischen Landtags berichtigte Ministerialdirektor Dr. Neffe über die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Spitzenverbänden. Zum 1. April könnten die neuen Gehälter noch nicht berücksichtigt werden. Es sollen daher zum 1. April noch die alten Gehälter gezahlt werden und im Laufe des April die Mehrbeträge.

Zwei sozialdemokratische Landesräte.

Ab. Düsseldorf, 15. März. Der rheinische Provinzial-Landtag wählte den vom Zentrum vorgeschlagenen Landesrat Marion zum Landeshaupmann. Zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei wurden zu Landesräten gewählt.

Bandenüberfall.

Ab. Hindenburg (Oberschlesien), 15. März. Zwischen der Gemeindefeldwache von Sosniza und etwa 40 bewaffneten Einbrechern kam es zu einem heftigen Gefecht, das über eine halbe Stunde dauerte. Die Banditen zogen sich nach Verlusten zurück.

Deutscher Dampfer beschlagnahmt.

Ab. Paris, 15. März. Wie Havas aus Athen meldet, wurde der deutsche Dampfer „Oranto“, von Hamburg kommend, im Hafen von Patras unter der Beschuldigung, Kriegskontrabande an Bord zu haben, beschlagnahmt. Das Schiff wurde nach dem Arsenal gebracht, um dort seine Ladung zu lösen.



Dr. Albrecht, Südbel. Str. 18. Hof-Apothek., Bretowen 15. Apothek. Reil Sauerbrunn. Str. 15. Dr. Lorenz, Alt. Markt. Witt. Apothek., Kaiserstr. 9/b

Arbeitsmarkt
1 nett. Mädchen
oder Stille mit guten Zeugnissen zum 1. April oder 1. Mai gesucht.
Frau Else Schröder
Egeln, Brailenweg 73.

Lehrling
Sohn achtbarer Eltern, mit guten Schulzeugnissen, für meine Werkstatt zu Ostern gesucht.
Rudolf Jahn
(vorm. R. Hofe),
Breitenweg Nr. 3a.

Tüchtige Schiffbauer
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Nienburger Schiffswert (Holtz & Otto),
Nienburg an der Saale. 258

Buchdrucker-Lehrling
zu Ostern gesucht.
H. Th. Müller, Buchdrucker, Albstadtstraße 4.

Gallensteine
entferne ich in 1 d. 2 Tagen schmerzlos ohne Operation durch mein ärztl. u. wissenschaftl. emp. Heilmittel (pat. gesch. D. R. M. 239 910).

Niemann,
Naturheilpr. Rottferr. 16

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden beim Begräbnis unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Vergangenen Vereinen, dem Fabrikdirektorverband und dem Volksverein S. P. D. an unsern herzlichsten Dank. Besonders dank dem Genossen Agarin für die so reichliche Sorge im Laufe und am Grabe.
Agendorf, 14. März
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Witwe Dorothee Brieke
nebst Kindern.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Deutscher Verkehrsband, Abt. Straßenbahnen
Ordnungsgruppe Magdeburg.

Mod. Herrenfahrrad
zu verl. hellblau email, m. Solgefellen, noch wie neu, nur kurze Zeit geradelt, sehr preiswert. Otto Franke, Sertkerer Str. 18/17, b. 2 St.

Standesamts-Nachrichten.
Die Magdeburger Standesämter sind geöffnet: 1. An den Wochentagen von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, Samstags von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. 2. An den auf einen Wochentag fallenden Feiertagen von 10 bis 11 Uhr vormittags nur für Geburten und Sterbefälle.

Magdeburg-Stift.
Todesfälle. 15. März. Verw. Droviantsamts-Direktor Emilie Krüger geb. Böhm. 79 J. Verw. E. mebel. Verw. Eisenbrecher Heinrich Schöngel. 82 J. Verw. E. des Rainers Heinrich Knabe. Verw. Privatmann Amalie Schwarzstap geb. Röder. 91 J.

Magdeburg-Kunstst.
Todesfälle. 14. März. Fris. E. des Ritters Richard Hofmann. 3 R. Verw. E. Schulz.

Magdeburg-Bund.
Todesfälle. 13. März. Herr. E. des Reichs Robert Krüger. 2 J. Gutsverm. Otto Müller. 83 J. Auguste geb. Hogenfeld. Ederan des Wachsintellers Kurt Franke. 34 J. Herr. E. des Arbeiters Ernst Bernade. 24 J.

52. Schuljahr
Beginn neuer Vierteljahrs- und Halbjahrskurse am 1. April. Einzelunterricht. Anmeldungen jederzeit. 1458
Ferd. Simon's kaufmänn. Privatschule, Inh. Hermann Nies, Viktoriastraße 2, am Bahnhof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.
Am 22. v. M. starb unser Mitglied, der Arbeiter
Friedrich Banne
an Lungentuberkulose, 28 Jahre alt. Am 12. d. M. starb unser Mitglied, der Arbeiter
Otto Besede
an Lungenerkrankung, 31 Jahre alt. 316
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Kollegen Banne hat bereits stattgefunden, die des Kollegen Besede findet am Donnerstag den 16. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bestattungshofes aus statt.
Die Verwaltung.

Deutscher Verkehrsband, Abt. Straßenbahnen
Ordnungsgruppe Magdeburg.

Nachruf.
Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Kollege
Gustav Rolle
im Alter von 33 Jahren an Lungenerkrankung am 11. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Verwaltung.

52. Schuljahr
Beginn neuer Vierteljahrs- und Halbjahrskurse am 1. April. Einzelunterricht. Anmeldungen jederzeit. 1458
Ferd. Simon's kaufmänn. Privatschule, Inh. Hermann Nies, Viktoriastraße 2, am Bahnhof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.
Am 22. v. M. starb unser Mitglied, der Arbeiter
Friedrich Banne
an Lungentuberkulose, 28 Jahre alt. Am 12. d. M. starb unser Mitglied, der Arbeiter
Otto Besede
an Lungenerkrankung, 31 Jahre alt. 316
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Kollegen Banne hat bereits stattgefunden, die des Kollegen Besede findet am Donnerstag den 16. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bestattungshofes aus statt.
Die Verwaltung.

Deutscher Verkehrsband, Abt. Straßenbahnen
Ordnungsgruppe Magdeburg.

Nachruf.
Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Kollege
Gustav Rolle
im Alter von 33 Jahren an Lungenerkrankung am 11. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Verwaltung.

52. Schuljahr
Beginn neuer Vierteljahrs- und Halbjahrskurse am 1. April. Einzelunterricht. Anmeldungen jederzeit. 1458
Ferd. Simon's kaufmänn. Privatschule, Inh. Hermann Nies, Viktoriastraße 2, am Bahnhof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.
Am 22. v. M. starb unser Mitglied, der Arbeiter
Friedrich Banne
an Lungentuberkulose, 28 Jahre alt. Am 12. d. M. starb unser Mitglied, der Arbeiter
Otto Besede
an Lungenerkrankung, 31 Jahre alt. 316
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Kollegen Banne hat bereits stattgefunden, die des Kollegen Besede findet am Donnerstag den 16. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bestattungshofes aus statt.
Die Verwaltung.

Deutscher Verkehrsband, Abt. Straßenbahnen
Ordnungsgruppe Magdeburg.

Nachruf.
Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Kollege
Gustav Rolle
im Alter von 33 Jahren an Lungenerkrankung am 11. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Verwaltung.

Nachruf.
Am 12. März 1922, wenige Tage nach Vollendung seines 86. Lebensjahres, verschied
der Ehrenbürger der Stadt Magdeburg, Stadtkämmerer und Stadtrat Herr

Julius Voigtel

Der Entschlafene wurde am 22. August 1867 durch die Stadtverordneten-Versammlung zum unbesoldeten Stadtrat der Stadt Magdeburg gewählt und hat seit dieser Zeit bis zum März 1919, also über 50 Jahre, ununterbrochen dem Magistratskollegium angehört. Während dieser langen Zeit hat er sich in vorbildlicher Pflichttreue, mit hingebendem Fleiß und mit ganzer Kraft der Förderung und Entwicklung des Gemeinwesens seiner Vaterstadt gewidmet. In Anerkennung seiner großen Verdienste, die er sich um die Stadt Magdeburg erworben hat und als Zeichen dankbarer Gefinnung wurde er durch die städtischen Behörden aus Anlass seines 45-jährigen Jubiläums als Magistratsmitglied durch Verleihung des Ehrenstils eines Stadtkämmerers und anlässlich seines 40-jährigen Jubiläums durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts geehrt. Der Verstorbenen hat sein Können und Wissen und seine reichen Erfahrungen aber nicht allein in den Diensten der Stadt Magdeburg, sondern auch über deren Grenzen hinaus als Mitglied des Provinzial-Landtags, des Provinzial-Ausschusses und des Bezirks-Ausschusses mit unermüdbarer Pflichttreue in den Diensten der Allgemeinheit gefleht und sich um die besten Verdienste erworben. Sein wichtiges Wirken, seine vornehmliche Gefinnung und seine unbedingte Zuverlässigkeit schätzten ihm die unbeschränkte Hochachtung seiner Kollegen. Seinem Wohlwollensgefühl hat der Beweipte wiederholt Ausdruck verliehen. Durch die Julius-Voigtel-Stiftung ist sein Name dauernd mit der Stadt Magdeburg verbunden. Aufrechtig betragen wir den Selbsten dieses treuen, ausgezeichneten Mannes, dem wir allezeit ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

Magdeburg, den 14. März 1922

Der Magistrat.
Beim.

Die Stadtverordneten-Versammlung.
Otto Seel.

Hervorragend preiswerte Angebote!

Tricotagen

| | | |
|------------------------|-------------------------------------|-------|
| Rinder-Schlupfhosen | Tricot, in 5/8schen Garden | 14.50 |
| Damen-Schlupfhosen | Tricot, weiß, schwarz, rosa, marine | 55.00 |
| Rinder-Springhüschchen | Kraus, alle Größen | 39.50 |
| Herren-Matohosen | Gr. 72.00 Gr. 78.00 Gr. 84.00 | |
| Herren-Normalhemden | wollgemischt | 98.00 |

Kleiderstoffe

| | | |
|-------------------------------|---|--------|
| Halb. Kleiderstoffe | für Sportkleid, Pfeffer- u. Salz-Wasser, mit farb. Knoppen etc. | 68.00 |
| Kleiderhosen | doppeltbreit, meist helle Karos. etc. | 68.00 |
| Sportblusen | glanz, helle Streifen | 68.00 |
| Gestreift Sportjackett | f. Bomb. u. Blusen etc. | 32.50 |
| Preiswerte Herren-Anzugstoffe | 1 Meter 225.00 175.00 | 135.00 |

Manufakturwaren

| | | |
|------------------------|------------------------------|-------|
| Gestreifter Kostvelour | 1 Meter | 31.00 |
| Weiß Plieebordent | viele Muster | 36.50 |
| Röperielt | dunst gestreift, in Qualität | 45.00 |
| Bettuch-Creas | 140 und 150 cm breit | 72.00 |
| Bett-Damast und Satin | Stoffbreite Meter | 95.00 |
| Bett-Damast und Satin | Stoffbreite Meter | 58.00 |

Strickwaren

| | | | |
|------------------|---------------------|--------------------|-------|
| Strumpfwolle | farbig, schwarz | 10 Stübe | 14.00 |
| Strumpfwolle | reine Woll, schwarz | 10 Stübe 24.00 und | 21.00 |
| Strumpfwolle | prima, alle Farben | 10 Stübe | 31.00 |
| Strick-Baumwolle | Doppelgarn, schwarz | 50 Stübe-Cage | 18.50 |
| Hütelgarn | weiß und creme | 50 Stübe | 19.00 |

Kurzwaren

| | | |
|------------------------|---------------------------------|-------|
| Hemdenhüpf | mit Reifendruck, für Herrenhüpf | 1.75 |
| Gestreift Schürzenband | 2 1/2 cm breit | 4.50 |
| Schwarz Baumwollband | 1 cm breit | 1.00 |
| Wäschezugarn | fein, weiß und schwarz | 5.25 |
| Grün Satin-Baumwolle | in Lager zu 25 Stüben | 18.50 |

Strümpfe und Handschuhe

| | | | |
|----------------|--|------------|-------|
| Damen-Strümpfe | deutsch lang, schwarz | Paar 10.00 | 8.75 |
| Damen-Strümpfe | englisch lang, schwarz und weiß, ohne Stab | Paar | 9.50 |
| Damen-Strümpfe | engl. lang, weiß u. braun, Doppelferse u. -spitze | Paar | 13.50 |
| Damen-Strümpfe | engl. lang, schwarz u. braun, Doppelferse u. -spitze | Paar | 18.50 |
| Damen-Strümpfe | engl. lang, Flor, weiß, Doppelferse und -spitze | Paar | 23.50 |
| Damen-Strümpfe | engl. lang, Flor, schwarz, weiß, leder, grau, Doppelferse und -spitze | Paar | 36.50 |
| Damen-Strümpfe | engl. lang, Kunstseide, schwarz | Paar | 37.50 |
| Damen-Strümpfe | engl. lang, schwarz, Flor mit Seidengriff, Doppelferse und -spitze | Paar | 37.50 |
| Damen-Strümpfe | prima Seidenflor, schwarz, extra dünnes Gewebe, Doppelferse und -spitze | Paar | 55.00 |
| Damen-Strümpfe | prima Seidenflor, mit Zwilf, glattes Gewebe, schwarz und grau, Doppelferse und -spitze | Paar | 55.00 |
| Damen-Strümpfe | in Matoflor, schwarz, Doppelferse u. -spitze | Paar | 62.50 |
| Damen-Strümpfe | prima Seidenflor, schwarz und braun, Doppelferse und -spitze | Paar | 85.00 |
| Herren-Socken | grau, mit Patentschaft | Paar | 5.75 |
| Herren-Socken | Baumwolle, grau gestreift | Paar | 10.50 |
| Herren-Socken | Baumwolle, schwarz, mit weißen Punkten | Paar | 19.50 |
| Herren-Socken | Baumwolle, schwarz | Paar | 14.50 |
| Herren-Socken | grau Bigogne, prima Qualität | Paar | 19.50 |
| Herren-Socken | Flor, farbig gestreift | Paar | 27.50 |
| Herren-Socken | Wolle, schwarz, mit farbigen Streifen | Paar | 32.50 |
| Herren-Socken | prima Flor, farbig, mit Streifen | Paar | 36.50 |

Handschuhe

| | | | |
|-------------------|--|------|-------|
| Damen-Handschuhe | Atlaswolle, farbig, 2 Druckhüpf | Paar | 18.50 |
| Damen-Handschuhe | mit Seide, farbig, 2 Druckhüpf | Paar | 27.50 |
| Damen-Handschuhe | in Atlaswolle, mit zweifarbiger Aufsicht | Paar | 37.50 |
| Damen-Handschuhe | Wibbeier imitiert, farbig, 2 Druckhüpf | Paar | 35.00 |
| Herren-Handschuhe | Wibbeier imitiert, farbig | Paar | 18.50 |
| Herren-Handschuhe | in Atlaswolle, farbig | Paar | 35.50 |

Leder-Handschuhe

| | | | |
|-------------------|--|------|--------|
| Damen-Handschuhe | in Ziegenleder, 2 Druckhüpf | Paar | 145.00 |
| Damen-Handschuhe | in Ziegenleder-Stepper | Paar | 165.00 |
| Damen-Handschuhe | in Ziegenleder, mit Schmalz und Granfalten | Paar | 275.00 |
| Herren-Handschuhe | in Kappa, 1 Druckhüpf | Paar | 250.00 |

Kinder-Strümpfe

| | | |
|---|--------------------------|---|
| schwarz, 1x1 gestreift, hoch, ohne Stab | Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 | 10.50 12.50 14.50 16.50 18.50 20.50 22.50 24.50 26.50 28.50 |
|---|--------------------------|---|

Zur Konfirmation

| | | | |
|--------------------------|---------------------------|-------------|-------|
| Konfirmanden-Hüte | schwarz u. farbig | 66.00 54.00 | 48.00 |
| Konfirmanden-Serviteure | steif und weich gestattet | 28.50 22.50 | 16.50 |
| Konfirmanden-Kragen | | 16.50 14.50 | 8.25 |
| Konfirmanden-Krawatten | | 16.50 8.50 | 7.50 |
| Konfirmanden-Manschetten | | | 11.50 |

Zur Konfirmation

| | | | |
|-----------------------------------|-----------------|------------------------|-------|
| Konfirmations-Karten | Buchform | 2.50 2.00 1.65 85j 60j | 40 |
| Gesangbücher | mit Goldschnitt | | 25.00 |
| Klass. u. christl. Bergheimnichte | | 22.50 18.50 13.00 | 10.50 |
| Lagebücher | verschiebbar | 34.80 27.00 | 22.50 |
| Poesie-Alben | | 27.00 19.50 12.75 | 11.50 |

Zur Konfirmation

| | | | |
|----------------------|--------------------|--|--------|
| Nähbeutel | Satin, mit Füllung | | 45.00 |
| Besuchshandtasche | Leber | | 85.00 |
| Lederbügel | schwarz | | 34.50 |
| Vertbeutel | Sanbarbett | | 175.00 |
| Nagelpflege-Garnitur | in Geschenkkarton | | 50.00 |

Tägl. Bedarfsartikel

| | | | |
|-------------------|----------------------|-------|------|
| Blumenseife | | Stück | 2.85 |
| Beste Mandelseife | | Stück | 4.75 |
| Badeife | rundes, großes Stück | | 6.25 |
| Ei-Seife | | Stück | 8.50 |
| Moschus-Seife | | Stück | 6.00 |

Gardinen-Abteilung

| | | | |
|-------------------|--|----------------------|--------|
| Halbstores | in verschiedenen Ausführungen, Engl. Stil - Erdstül - Erämme | 278.00 168.00 | 135.00 |
| Künstler-Gardinen | 3teilig, neuere Dessins | 375.00 290.00 185.00 | 110.00 |
| Zell-Bettdecken | 1- und 2teilig | 360.00 275.00 165.00 | 98.00 |
| Möbelbezugstoffe | farbige Muster | | 65.00 |

Wüstein-Schnittmuster in großer Auswahl!

Gebr. Barasch

Wüstein-Modenalbum für Frühjahr und Sommer neu erschienen!

Weiße Kognakflaschen
Rot- u. Weißweinflaschen
Adolph Eberhardt

Brillanten
F. Streubel, Juwelenfasserstr.
Königsberg, am Königsplatz, im künftigen Museum

SCHEIDEMANN
Deutschland in der Welt voran!
Eine Reise, gehalten am 21. Januar 1921 im Rückzug
Für die Fortbewegung
Organisationspreis 2 Mark

Wegens Verbeete
Gelegenheitskränze!
Fritz Jürges
Erdbeerkaffee

Ausgeklümmtes
Frauenhaar
Albert Schwiager
Gr. Marktstraße 13
Jakobstraße 48.

Englisch gemusterter, lebhafter sowie ruhiger
Anzug- u. Mantelstoffe
FRED PELZ
NAGELBURG Söpenitz 12

Dauerwäsche
Hugobohab
Johannbergstraße Nr. 2

Nordhäuser Rautabaf
garantiert rein Kautschuk
Der Stab in unveränderter Größe und Qualität 2 75
Dorbritz & Sohn
Nordhausen am Harz.

Der japanische Dreikönig als eine Darstellung von...

Der japanische Dreikönig als eine Darstellung von... Der japanische Dreikönig als eine Darstellung von...

Stillerlei.

Stillerlei. Ein jeder forscht bei... Stillerlei. Ein jeder forscht bei...

Snor und Satire.

Snor und Satire. Was für eine Position... Snor und Satire. Was für eine Position...

Snor und Satire.

Snor und Satire. Was für eine Position... Snor und Satire. Was für eine Position...

Snor und Satire.

Snor und Satire. Was für eine Position... Snor und Satire. Was für eine Position...

Snor und Satire.

Snor und Satire. Was für eine Position... Snor und Satire. Was für eine Position...

Anteichaltungsbeilage zur Volksstimme

Magdeburg, Donnerstag den 16. März 1922

Unterant.

Unterant. Er sprach stehen, um zu befehlen... Unterant. Er sprach stehen, um zu befehlen...

Schnuggeln ist reine Günde.

Schnuggeln ist reine Günde. Der Oberkörper... Schnuggeln ist reine Günde. Der Oberkörper...

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. März 1922

Das Reichsmietengesetz.

Selten hat ein Gesetz so viel Anfeindung erfahren, wie das Reichsmietengesetz. In den Kommissionen, die den Entwurf vorbereiteten, der noch von der „Kabinetsregierung“ Lehrenbach dem Reichstag zugeht, wurde um jeden einzelnen Absatz hart gekämpft. Vor allem war es der organisierte Hausbesitz, der gegen das Gesetz Sturm lief, weil seiner Meinung nach der Anfang der Sozialisierung mit diesem Gesetz gemacht worden sei.

Der Reichstag hat das Reichsmietengesetz angenommen. Trotzdem ist es fraglich, ob es durchgeführt wird. Es liegt jetzt dem Reichsrat vor, der sich aus Vertretern aller Länder zusammensetzt. Diese Körperschaft ist in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß das Reichsmietengesetz durch die Verfassung nicht gestützt werden könne. Ein solches Gesetz muß der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit verabschieden. Das Gesetz ist aber nur mit einfacher Mehrheit angenommen worden.

Das Gesetz bringt den Mietern Rechte, die sie bisher nicht gekannt haben. Es legt ihnen andererseits allerdings auch Pflichten auf, die getragen werden müssen.

Um die Öffentlichkeit einmal über das Gesetz und seine Auswirkungen zu unterrichten, hatte die Sozialdemokratische Partei eine Mitgliederversammlung aller Bezirke in den „Hohenzollernpark“ einberufen. Der gute Besuch zeigte, welches Interesse unsere Genossen diesem wichtigen Gesetz entgegenbringen. Das Referat hielt Genosse Silber Schmidt, der an den Vorberatungen des Gesetzes in der Kommission hervorragend beteiligt war. Nach kurzen einleitenden Worten des Genossen Baer sprach

Reichstagsabgeordneter Genosse Silber Schmidt:

Es kommt jetzt darauf an — vorausgesetzt, daß der Reichsrat dem Reichsmietengesetz die Zustimmung gibt —, die Auswirkungen des Gesetzes kennen zu lernen und entsprechende Wirkungen des Gesetzes kennenzulernen und entsprechende aus, daß der bisher bestehende Mieterschutz nicht mehr ausreicht. Mehr und mehr besteht die Gefahr, daß die sogenannte Zwangswirtschaft im Wohnungsweisen beseitigt wird. Die freie Wirtschaft auf diesem Gebiet bedeutet aber eine schwere Gefahr für das gesamte Wirtschaftsleben. Die Mieter würden bei freier Wirtschaft ungeahnt in die Höhe klettern, weil auf der einen Seite, bedingt durch die ungeheure Wohnungsnot die Nachfrage nach Wohnungen stark ist, während das Angebot von Wohnraum gleich Null ist. Für alte Wohnungen müßten Mieter gezahlt werden wie für die Neubauten. Das bedeutet eine

Steigerung der Friedensmiete um das Dreifache bis Vierfache. Eine alte Wohnung, die vor dem Kriege 200 Mark Miete kostete, würde auf 800 Mark Miete hinaufgetrieben werden. Eine solche Entwicklung, die für unser gesamtes Wirtschaftsleben den Zusammenbruch bedeutete, will das Reichsmietengesetz unterbinden.

Auf der anderen Seite ist aber jedem Einseitigen klar, daß mit den bisherigen Zuschlägen zu den Friedensmieten kein Hausbesitzer die Häuser so in stand halten kann, wie das im Interesse der Gesamtheit unbedingt erforderlich ist. Es geht nicht an, daß die alten Häuser, die notwendiger denn je gebraucht werden, vorzeitig verfallen. Auf der einen Seite verhindert das Gesetz, daß der Mieter ein Opfer kapitalistischer Gewinnsucht wird, andererseits billigt das Gesetz dem Hausbesitzer eine angemessene Vergütung zu und ermöglicht ihm die Instandhaltung der Häuser. Das Gesetz ist keine Sozialisierung des Hausbesitzes, im Gegenteil, es vertritt auch sehr stark die Interessen der Vermieter, die also gar keinen Grund haben, gegen das Reichsmietengesetz Sturm zu laufen, so wie sie es tun. Das Gesetz schützt Mieter, Hausbesitzer und Volkswirtschaft.

Von diesen Gesichtspunkten aus muß man auch als Sozialdemokrat dem Gesetz seine Zustimmung geben.

Mit dem Reichsmietengesetz ist aber der erste Schritt zu einem neuen Wohnrecht getan. Bisher war es das uneingeschränkte Recht des Hausbesitzers, die Mieter festzusetzen. Das neue Mietgesetz gibt hier dem Mieter ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht. Die Mieter werden vom Gesetz als Erhalter des Hauses und als alleiniger Träger des Wohnungswezens betraut. Das Kündigungsrecht des Hausbesitzers wird völlig aufgehoben. Nur in drei Fällen ist Kündigung möglich: bei starken Verzögerungen gegen das Gemeinschaftsinteresse, bei Verweigerung der Mietzahlung und wenn ein überwiegendes Interesse des Hausbesitzers die Kündigung der Wohnung notwendig macht. In allen Fällen muß aber ein Gericht erst die Zustimmung zur Kündigung geben. In allen Fällen muß dem gekündigten erst eine andere Wohnung zugewiesen werden und, wenn ein überwiegendes Interesse des Hausbesitzers die Kündigung veranlaßt hat, muß der Hausbesitzer auch die Kündigungs-kosten tragen.

Eine Belastung der Mieter ist die im Gesetz vorgesehene Sanlostenabgabe.

Sie soll dazu dienen, den in Neubauten wohnenden Mietern, die bei den heutigen Baukosten horrenden Mieten zahlen müßten, das Wohnen zu erleichtern. Die Mieter werden für Neubauten dadurch niedriger, daß die glücklichen Besitzer alter Wohnungen durch die Sanlostenabgabe nicht verzinsbare Zuschüsse leisten, die das Wohnen verbilligen. Damit ist aber gleichzeitig die Gewähr gegeben, daß die Mieter in alten Häusern nicht zu hoch steigen können, weil kein Hausbesitzer über die Mieter für neue Wohnungen gehen kann, die ja durch die Zuschüsse der Allgemeinheit erträglich gehalten werden. So weiß das Gesetz soziale Gesichtspunkte auf, die jeder Sozialdemokrat unterschreiben kann.

Nachdem Genosse Silber Schmidt noch auf das zu erwartende Bodenreformgesetz hingewiesen hatte, das ein gesundes Bodenrecht als bisher vorliegt, ging er auf die einzelnen Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ein.

Das Gesetz sieht die Festsetzung gesetzlicher Mieter vor, wendet aber nichts dagegen ein, wenn die Mieter frei vereinbart werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet das Mieteinigungsamt. Als Grundmiete wird die Friedensmiete vom 1. Juli 1914 festgesetzt. Dazu treten Zuschläge für die Steigerung der Mieten, ferner die Betriebskosten und die Kosten für die laufenden Instandsetzungsarbeiten. Der Instandsetzungszuschlag muß sachgemäß verwendet werden. Läßt der Vermieter die Arbeiten nicht ausführen, so haben die Mieter das Recht, einen Antrag bei der Behörde zu stellen, die dann die Arbeiten ausführen lassen kann.

Für große Instandsetzungsarbeiten wird ein weiterer Zuschlag zur Grundmiete erhoben. Ein besonderes Hauskonto wird angelegt, aus dem die Instandsetzungsarbeiten bezahlt werden. Außerdem können Gemeinden und Gemeindeverbände mit Zustimmung der obersten Landesbehörde einen Ausgleichsfonds einrichten, aus dem für große Instandsetzungsarbeiten, die mit den bestimmten Zuschlägen nicht gedeckt werden können, an wirtschaftlich Schwache Beihilfen nach billigem Ermessen gewährt werden. Das Mieteinigungsamt kann anordnen, daß die Zuschläge nicht an den Vermieter, sondern an die Gemeinde gezahlt werden müssen.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Bezirk Prester. Am Donnerstag den 16. März, abends 8 Uhr.

Öffentliche Versammlung

in Hornemanns Garten. Vortrag des Stadtrats Genossen E. Wittmaad über „Die politische Lage“.

Bezirk Wilschmied. Donnerstag den 16. März, abends 7 1/2 Uhr. Frauenabend im „Elektrischen Innern“.

Das Reichsmietengesetz sieht endlich Mietervertretungen vor, die in allen zuständigen Fragen Mitbestimmungsrechte haben. Mietverträge, die dem Gesetz zuwiderlaufende Bestimmungen enthalten, sind rechtswidrig. Das Gesetz tritt am 1. Juli 1922 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. Juli 1926. Es ist also nur ein vorläufiges Gesetz. Die bürgerlichen Parteien glauben, daß 1926 der Reichstag anders aussieht, sie hoffen, daß das Gesetz dann abgeändert werden kann. Das zu verhindern, muß Aufgabe der Arbeiterchaft wie überhaupt der Mieter sein. Wir müssen dafür sorgen, daß das Gesetz weiter ausgebaut und nicht abgebaut wird.

Die Ansprache.

Genosse Plumbach führte aus, daß das Gesetz den Mietern Rechte gebe, aber auch Pflichten verlange. Wenn die Wohnungsbewirtschaftung so weitergeht wie bisher, bedeutet das den Zusammenbruch des Wohnungswezens. Der Ausschlag von 80 Prozent, wie er in Magdeburg gezahlt wird, ist zu niedrig. Wir müssen jährlich 900 Wohnungen in Magdeburg herstellen, um den Bedürfnissen nur einigermaßen gerecht werden zu können. Es liegt im Interesse der Mieter, daß Wohnungen gebaut werden. Die entstehenden Kosten müssen aus den Abgaben des laufenden Jahres gedeckt werden. Wenn wir heute 250 bis 300 Prozent, das ist das Vierfache der Friedensmiete, zahlen, dann verhindern wir damit, daß wir den 40- bis 80fachen Mietpreis zahlen müssen. Die Gewerkschaften müssen ihre Lohnbewegungen auch auf diese Zuschläge einstellen.

Genosse Becker erklärte sich auch mit dem Gesetz einverstanden. Genosse Hugerhoff wünscht die Schaffung eines Heimstättengesetzes.

Genosse Silber Schmidt wünscht in seinem Schlußworte, daß das Gesetz in Mieterkreisen die Aufnahme findet, die es verdient. Unsere Aufgabe für die Zukunft muß es sein, für die Sozialisierung des Grund und Bodens einzutreten.

Genosse Baer sprach dann über innerpolitische Zustände und Ereignisse der letzten Wochen, insbesondere über die brennende Frage der Demokratisierung der Verwaltung. Er beantragte folgende

Entschlüsse:

Die am 14. März im „Hohenzollernpark“ tagende Mitgliederversammlung erwartet vom Parteivorstand, von der Reichstags- und Landtagsfraktion, bei den maßgebenden Instanzen sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen und bei den Reichs- und Staatsregierungen zu fordern, daß die Beamtenstellen entsprechend der Stärke unserer Partei mit Sozialdemokraten besetzt werden. Den Regierungen muß das Unhaltbare der jetzigen Lage dargelegt und den in Betracht kommenden Stellen mit aller Offenheit klargemacht werden, daß die Sozialdemokratie als stärkste Partei nicht gewillt ist, sich als Bittende zu behandeln zu lassen, sondern daß sie ihr volles Recht fordert.

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Mit anfeuernden Worten schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Reichstagspräsident Paul Löbe

pricht am Sonnabend den 18. März, abends 1/8 Uhr, in der Aula der neuen Volkshochschule, GutsMuths-Str. in einer

öffentlichen Versammlung

über das Thema: Die Jungen in der Republik. Die Versammlung wird veranstaltet von der Gruppe der Jungen Sozialisten im Sozialdemokratischen Verein. Die Jungen Genossen und Genossinnen müssen in großer Zahl erscheinen.

Karten sind in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

Mieterverein.

In der überaus stark besuchten Versammlung des Mietervereins sprach Justizrat Dr. Böder über „Die Kommunalisierung des häuslichen Hausbesitzes“. Einleitend schilderte er die Ursachen der heutigen Wohnungsnot, die in der Hausflache durch den Weltkrieg hervorgerufen worden ist. Der private Hausbesitz ist nicht imstande, die Wohnungsnot abzuwehren. Deshalb müssen andere Wege gesucht werden. In einer Wiederbelebung der alten Zustände hat niemand ein Interesse. Die einfachste und beste Lösung zur Beseitigung der Wohnungsnot ist die Kommunalisierung des Hausbesitzes durch Reichsgesetz. Durch dieses Gesetz muß den Gemeinden das Recht gegeben werden, den Grundbesitz durch eine gesetzliche Entschädigung auf Grund des Reichsnotopferes zu enteignen. Die Verwaltung des Grundbesitzes durch die Gemeinde ist ohne Schwierigkeiten leicht zu lösen. Natürlich kann in der ersten Zeit nicht allen Wünschen entsprochen werden, aber jetzt tut ja der Hausbesitz auch nichts zur Erhaltung der Grundstücke und Wohnungen. Für die Gemeinden bedeutet die Kommunalisierung eine sicher finanzielle Grundlage. Sie ist dann in der Lage eine großzügige Sozialpolitik zu treiben, ebenso können Verbunden damit die Erntehilfsleistungen, das Vade- und Sportwesen ihre Lösung finden.

Die Mieter haben eine große Macht, wenn sie es verstehen, ihren Einfluß auszuüben. Die Abnennung über das Reichsmietengesetz hat bewiesen, daß nur Verlaß auf die sozialdemokratischen Parteien ist, während die bürgerlichen Parteien in ihrer großen Mehrzahl die Interessen der Hausbesitzer vertreten. Das mögen die Mieter bei den nächsten Wahlen merken. Für keine Maßnahmen erzieht der Mieter großen Beifall.

In der Ansprache wurde das mieterfeindliche Verhalten der hiesigen bürgerlichen Presse und besonders des „General-Anzeigers“ einer scharfen Kritik unterzogen. Die Referent dieser Zeitungen mögen daraus beim bevorstehenden Stichtagswahljahr

ihre Schlüsse ziehen und Zeitungen abonnieren, die die Interessen der Mieter vertreten.

Nachdem verschiedene Anfragen über Erledigung gefunden hatten, erhielt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Silber Schmidt das Wort. Er ging kurz auf das Reichsmietengesetz ein und schilderte seine Auswirkungen. Für seine instruktiven und klaren Ausführungen wurde ihm lebhafter Beifall gezollt.

Der Streik tot.

Unter dieser Stichmarke beschäftigt sich die „Magdeburger Zeitung“ Nr. 135 mit der Beendigung des Streikes in der Magdeburger Metallindustrie. Dieses kapitalistisch orientierte Organ, so wird uns aus dem Bureau des Metallarbeiterverbandes geschrieben, das sonst nicht genug scharfe Worte gegen streikende Arbeiter findet, glaubt feststellen zu müssen, daß über alle Erwartungen der Streik sehr früh abgelassen worden ist. Es fehlt auch in dieser Notiz nicht an sehr groben Entstellungen. Wenn behauptet wird, „erreicht haben die Streitenden nichts; denn die Verhandlungen, die am 11. März unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten stattfanden, wären bereits vor dem Streike vorgezogen und haben nur eine — schon vorher in Aussicht gestellte — Stundenlohnzulage von 95 Pfg. ab 15. März gebracht“, so ist dies durchaus unrichtig.

Richtig ist, daß der Regierungspräsident bei den letzten Verhandlungen am 2. März, also vor Beginn des Streikes, die Arbeitnehmer auf die Möglichkeit weiterer Verhandlungen in der Zeit vom 6. bis 11. März in bezug auf Lohnerhöhung für die zweite Hälfte des Monats hinwies. Die Arbeitnehmervertreter verlangten beim 11. März die Bemühungen des Herrn Ministerialrats v. Wulsen und der Arbeitnehmervertreter, an diesem Abend ein positives Ergebnis für die zweite Hälfte des März zu erreichen, um im letzten Augenblick den Streik vermeiden zu können, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber.

Als die Arbeiter schon die Betriebe verließen, erklärte am 3. März 11 Uhr vormittags der Vertreter der Arbeitgeber telefonisch, daß der Verband der Metallindustriellen sich dem Vorschlag des Regierungspräsidenten vom 2. März nachträglich anschließen.

Es ist eine dreiste Unwahrheit, wenn behauptet wird, die Stundenlohnzulage von 95 Pfennig ab 15. März sei schon vorher in Aussicht gestellt worden. Richtig ist, daß erst am 11. März nach einem achtstündigen Streike durch vierstündige Verhandlungen unter Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten dieses allerdings die Arbeitnehmer keineswegs befriedigende Ergebnis erreicht worden ist. Wir empfehlen der „Magdeburger Zeitung“ beim Regierungspräsidenten sich über die Vorgeschichte des Streikes sowie über die Freigabe der Arbeitgeber der Metallindustrie bei Lohnforderungen zu informieren. Vielleicht wird uns dadurch die Anfröhlung der Schulfrage „Warum kam es zum Streik?“ erspart.

So geht es nicht!

Mit viel Spannung hat die politisch interessierte Öffentlichkeit dem Beginn der Reichstagskurse für Politik in Magdeburg entgegengeesehen. Anwesend zahlreich haben sich Teilnehmer aus allen Kreisen und Klassen der Bevölkerung nicht nur von Magdeburg, sondern auch aus dem Bezirk gemeldet. Wird der Erfolg der Kurse den Erwartungen entsprechen?

Wenn es so weiter geht, wie am Dienstag abend Admiral Scherer im Saale des „Hohenzollern“ begonnen hat, dann nein! Diese erste Zusammenkunft, als Eröffnungsfest, steht sie im Programm, sollte doch wohl die aus den verschiedenen Parteilagern kommenden Teilnehmer zusammenbringen, sie vertraut machen mit dem Geiste, der in der Hochschule für Politik sowohl als erst recht in den Reichskursen walten soll. Wir sind überzeugt, Professor Jäh, der vor einigen Tagen die Magdeburger Pressevertreter für den Gedanken der Hochschule für Politik zu begeistern verstand, wäre es ähnlich ergangen wie jenen Männern, die empört über die volksparteiliche Agitationsrede des Admirals, zum Zeichen des Protestes die „Eröffnungsfest“ verlassen haben. Wer die Welt nur von der Kommandobrücke eines Schlachtschiffs zu betrachten versteht, der soll nicht den Stuhl eines politischen Lehrers besteigen. Mit einigen vernünftigen Zeitartikeln ist der Befähigungsnachweis dafür noch nicht erbracht.

Zumindest war die Übertragung der Eröffnungsrede an den Admiral Scherer ein Mißgriff der Kursleitung. Die Eröffnungsfest hat die zukünftigen Teilnehmer an dem Reichstagskurs nicht zusammengebracht, sondern auseinandergerissen. Mißtrauen gefaßt, den Glauben an die Ehrlichkeit der Absichten bei vielen Leuten schwer erschüttert. An parteipolitische Neutralität glauben wir nicht; aber wir erwarten doch, daß die Lehrer mehr geben als ganz gewöhnliche Reden aus dem Schulsack: Partei-agitation.

Noch eins darf nicht unerwähnt bleiben. Viel Laß darf man vom deutschen Bürgertum nicht erwarten. Wir konnten aber nicht vermuten, daß dem rechtsstehenden Bürgertum nicht einmal so viel einfachstes Anstandsgefühl eignet, als notwendig ist um die Kurse nicht zu politischen Demonstrationen ausarten zu lassen. Die Leute, die den Admiral Scherer mit lautem Beifall empfangen haben, wären gewiß sehr entrüstet gewesen, wenn die andern, die politische Gegner des Admirals sind, den Beifall mit Pfeifen beantwortet hätten.

So geht es nicht! Die Kursleitung muß sich sehr anstrengen, wenn sie den übeln Eindruck der „Eröffnungsfest“ vermeiden will. Wir wünschen das sehr im Interesse eines erfolgreichen Verlaufs des Magdeburger Kurzes, wir wünschen es vor allem aber in dem Gedanken, daß diesem Kursus andre im Reich folgen sollen.

— Fahrradsteuer. Auf der Tagesordnung zur nächsten Stadtverordneten-Sitzung steht auch der Punkt: Einführung einer Fahrradsteuer. Aus den Kreisen der Arbeiter sind Stimmen laut geworden, die sich ganz entschieden gegen eine solche Steuer wenden. Zur Genehmigung ist aber kein Grund vorhanden. Soweit wir unterrichtet sind, besteht nicht die geringste Aussicht, daß diese Steuer angenommen wird. Sie ist im Haushaltsausgleich schon abgelehnt worden.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Heinrichsberg, 15. März. (Die Generalversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins wird am Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Parteilokal abgehalten. Vorstandswahl und Mitarbeiter stehen auf der Tagesordnung.

Neuhaldensleben, 15. März. (Ausperrung) Die Handhuhmacher der Handhuhfabriken sind wegen Differenzen in der Zahlung einer Wirtschaftshilfe, welche bereits in andern Orten zum größten Teil gezahlt worden ist, von den Unternehmern ausgesperrt worden. Die Weisgerber und Färber müssen die Arbeit ebenfalls einstellen. Die Arbeitgeber haben Verhandlungen abgelehnt. — **Wortpreiserhöhung.** Der Preis für ein auf Marken zu verarbeitendes 2000-Gramm-Brot wird vom 18. März an auf 12 Mark festgesetzt. Vom gleichen Tag an beträgt der Preis für ein Krankenbrot 13,50 Mark. Der Kleinverkaufspreis für das Pfund Roggenmischmehl mit 3,75 Mark bleibt bestehen. Die Preise sind Höchstpreise im Sinne der Verordnung. — **Vieh- und Krammarkt** findet am 28. und 29. März statt. Ausweisung über Berechtigung zum Viehverkauf haben die Verkäufer den Ueberwachungsbeamten vorzuzeigen, und die Anzahl der Tiere anzugeben. Nach Schluß des Marktes hat der Verkäufer noch einen Nachweis über die verkauften Tiere einzureichen. — **Konzert.** Der Arbeiter-Gesangverein Einigkeit veranstaltet am Sonnabend bei Herzog einen Konzertabend.

Kreis Kalbe.

Akenborn, 15. März. (Bergmannslos.) Am Montag wurde der Bergmann August Weise durch niedergehendes Gestein so schwer im Rücken verletzt, so daß er zwei Stunden nach seiner Einlieferung im Krankenhaus verstarb. Seine ebenfalls im Krankenhaus befindliche kranke Frau betrauert mit ihren unermüdeten Kindern den Verlust ihres Ernährers. Der Verunglückte war als ruhiger fleißiger Mann allgemein beliebt.

Frohse, 15. März. (Gemeinderats-Sitzung.) Die Jagdpachtsteuer wurde zurückgestellt, weil in Kürze vom Reiches Richtlinien herausgegeben werden. Als 1. Schiedsmann an Stelle des Landwirts Adolf Böhler wurde der Obergeringieur Artur Masche gegen die bürgerlichen Stimmen gewählt. Von bürgerlicher Seite hatte man Lehrer Fobrich in Vorschlag gebracht. Da dieser aber durch die Kirchenkasse und Sterbekasse schon stark überlastet und auch seine Wohnung nicht groß genug ist, so konnte ihm das Amt eines Schiedsmanns nicht auch noch zugewiesen werden. Als Schiedsmannstellvertreter nahm Schmiede-meister Henniger wieder an. Der Arbeiterjamariterkolonne wurden 200 Mark als Unterstützung in Anerkennung und Würdigung ihrer guten Sache bewilligt, und zwar gegen die bürgerlichen Stimmen. Zur Prüfung der Bades- und Ueberfahrtsangelegenheiten sollen die Vertreter Klaus, Kandel und Henniger mit Badeanstaltsbesitzer Lellau in Verhandlung treten und in der nächsten Sitzung Bericht erstatten. — In öffentlicher Versammlung sprach Lehrer Köstler über die weltliche Schule. Die Ausführungen wurden von Lehrer Regen er unterstützt. Trotzdem eine mündliche Einladung an die Lehrerschaft ergangen war, hatte keiner der Lehrer es für nötig befunden, sich die Ausführungen anzuhören. Die Arbeiterschaft fordert trotz passiven Widerstandes der Lehrer die weltliche Schule und wir werden auch unsern Willen durchsetzen, denn schon haben wir über 200 Kinder für die Reformschule gewonnen, und diese Zahl wird sich noch vergrößern. Bei weitem Widerstande der Lehrerschaft wird ein Austausch der Lehrkräfte vorzunehmen sein. Es sind genug Junglehrer stellungslos und es wäre nicht zum Schaden für die Schule, wenn frisches Blut hineinkommt. Für die Arbeiter gibt es nur ein Vorwärts auf dem Wege der Volkserziehung und Bildung. — **Grasse Wohnung** ist herrlich auch in unserm Orte, aber an neuen neuer Wohnhäuser denkt niemand, weil die Kosten dafür keine Verzinsung finden können. So ist es erklärlich, daß überall, wo es einigermaßen angeht, Wohnräume zur Verfügung gestellt werden müssen. Aber nicht immer geschieht das freiwillig, schon mehrmals mußte Zwang angewandt werden. So wurde Ende vorigen Jahres Lehrer Fobrich vom Wohnungsamt zur Freimachung einer Wohnung gezwungen. Er zeigte bei der Verhandlung ganz deutlich, daß er und seine Frau in ihrem eignen Hause keinen Platz hätten, ja er brachte es sogar fertig, zu erklären, er müßte noch mehrere Räume dazubekommen, weil er sich jetzt so furchtbar einschränken muß. Dabei sind im Erdgeschoß zwei vollständige Wohnungen, im obern Stock eine Wohnung vorhanden, im ganzen acht Zimmer und mehrere Kammern. Die obere Wohnung wurde dann gangweise vermietet. Die Entrüstung des Lehrers darüber war so stark, daß er der Wohnungskommission eine ganze Reihe von Namen hiesiger Bürger überreichte, die nach Meinung Fobrichs Wohnräume abtreten könnten. Die Wohnungskommission ist zwar sehr dankbar für diesen Fingerzeig, aber der Herr Lehrer sollte sich lieber nicht bei der Kommission in Erinnerung bringen, denn die Kommission ist der Ansicht, daß zwei Leute ohne Kinder unter den heutigen Verhältnissen keine 7-Zimmer-Wohnung brauchen. Die Wohnungskommission wird natürlich die Wohnungsverhältnisse aller namhaft gemachten Personen untersuchen.

Gr.-Salze, 15. März. (Der Sozialdemokratische Verein) hält am Freitag abend 8 Uhr eine Versammlung in „Stadt Hamburg“ ab. Genosse Buß wird über das Göttinger Parteiprogramm sprechen. Außerdem wird über die Ausgabe von Kartoffelader Bericht gegeben. — **Einen Elternabend** veranstaltet die Freireligiöse Vereinigung und Frauenverein von Schönebeck und Umgegend am Sonnabend den 18. März, abends 8 Uhr, in der „Lohnhalle“ zu Schönebeck. Ein reichhaltiges Programm, ausgeführt von den Kindern, die den Moralunterricht besuchen, ist vorgesehen.

Unterbezirk Staßfurt-Achersleben.

Staßfurt, 15. März. (Eine öffentliche Versammlung) findet am Freitag abend im Konzerthaus Klingisch statt.

Reichstagsabgeordneter Silber Schmidt spricht über das Reichsmietengesetz.

Achersleben, 15. März. (Keine Steuer-Nachzahlung.) Der Beschluß der städtischen Körperschaften, zur Abgrenzung des Fehlbetrags im Haushalt für 1921/22 ein halbes Steuerbierteljahr noch nachträglich zu erheben, hat die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht gefunden. Der Finanzminister hat vor einiger Zeit bestimmt, daß die Realsteuern nicht über eine bestimmte Höchstgrenze hinausgehen dürfen, die Grundsteuern zum Beispiel nicht über 3000 v. G. der staatlichen Veranlagung. Der Bezirksausschuß glaubt nun, daß in der Form der nachträglichen Erhebung eines weiteren halben Steuerbierteljahres die 3000 v. G. überschritten werden, daß also dann die Genehmigung des Ministers notwendig ist. Da es aber nicht gelingen wird, diese Genehmigung noch bis zum 31. März (dem Ablauf des Rechnungsjahres) zu erwirken, besteht die Möglichkeit, die Einholung des halben Steuerbierteljahres zu unterlassen. Das ist aber nun kein Anlaß zur Freude, denn der Fehlbetrag von rund 800 000 Mark muß in das nächste Staatsjahr übernommen werden und die Steuerlast wird daher im nächsten Jahr um so größer werden. — Die **Sundsteuer** wird erhöht werden, und zwar für den ersten Hund eines Besitzers auf 300 Mark, für den zweiten auf 500, für den dritten auf 750 Mark und für jeden weiteren um 500 Mark mehr. Für gewerbmäßige Hundezüchter werden Ermäßigungen eingeführt. Das Fanggeld für den Hundezüchter soll auf 50 Mark je Hund festgesetzt werden. Es sind auch schon Vorschläge auf noch höhere Steuerätze laut geworden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie von der Stadtverordneten-Versammlung berücksichtigt werden.

Staßfurt 4643 Staßfurt

Am Freitag den 17. März im Konzerthaus Klingisch öffentliche Mieter-Versammlung
Thema: Das Reichsmietengesetz. Ref.: Reichstagsabg. Silber Schmidt
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist sehr zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand der Mietervereinigung.

Achersleben, 15. März. (Schulangelegenheiten.) „Volk und Schule“ war das Thema einer von den drei sozialistischen Parteien einberufenen Volksversammlung. Der Redner, Rektor Holz, wandte sich gegen die konfessionelle Schule. Er kritisierte auch den Deutschen Lehrerverein, der die „Gemeinschaftsschule“ mit der Erziehung der Kinder ohne jegliche Rücksichtnahme auf die Konfession will. Viel richtiger sei es, die weltliche Schule zu fordern. Die Ausprägung war eine lehrhafte; es beteiligten sich an ihr vornehmlich Geistliche und Lehrer. Die Streitfrage, ob die untersten Klassen in den mittlern Schulen (die 6. Klasse in der Knaben-Mittelschule und die 5. Klasse in der Gehobenen Mädchenschule) auch über Ostern hinaus fortgeführt werden, hat eine Entscheidung dahin gefunden, daß sie einzugezogen werden, sofern das preussische Ministerium für Volksbildung zustimmt. Die Frage hat eine solche allgemeine Bedeutung, daß es nicht angängig ist, allein die Verantwortung für eine drückende Regelung zu übernehmen. Der Minister, der sich bisher über diese Sache ausgesprochen hat, wird nunmehr endlich zu einer Entscheidung gezwungen. Die Zahl der angemeldeten Kinder zur Neuaufnahme in die Grundschule von Ostern an ist eine um rund 100 geringere als im vorigen Jahr. Es werden deshalb zwei Klassen weniger gebildet werden, also 12, jede mit durchschnittlich 30 bis 35 Schülern. Die Elternbeiträge wählen sind in Achersleben auf Sonntag den 28. Mai festgesetzt worden. Der Termin ist deshalb so weit hinausgeschoben worden, weil die Aufstellung der Wählerlisten größere Schwierigkeiten bereitet. Wie sehr die Aufwendungen für das Schulwesen gestiegen sind, sieht man daraus, daß die Haushaltspläne aller öffentlichen Schulen der Stadt eine Gesamtaufwendung von rund 4 1/2 Millionen Mark vorsehen. Davon werden nur rund 1 1/2 Millionen Mark durch Schulgeld und andre Zuschüsse gedeckt, so daß rund 3 Millionen Mark von der Stadt aufgebracht werden müssen. Es wird deshalb eine Erhöhung der Schulgelder an den höheren und mittlern Schulen vorgenommen werden müssen, sobald es angängig ist. — **Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** hat das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eine Wanderausstellung geschaffen, die in Achersleben vom 18. bis 30. März in den Räumen der Turnhalle der Knaben-Mittelschule der allgemeinen Besichtigung zugänglich ist.

Kleine Chronik.

Den eignen Mann in der Notwehr erschossen. Das furchtbare Ende einer Ehe spielte sich in der Wohnung des Kriminalbetriebsassistenten Paul Jänike in der Steinmühlstraße 48 in Berlin ab. Jänike, ein Mann von 43 Jahren, kam öfter betrunken nach Hause und sang dann mit seiner Frau und seiner Tochter Händel an. Zu Unrecht beschuldigte er beide, daß sie sich auf der Straße umhertrieben. Auch Montag abend kam es wieder zu so einem Auftritt. Als Jänike sich jetzt nach heftigen Vorwürfen in seiner Trunkenheit auf seine Frau stürzen wollte, ergriß diese keine Dienstwaffe. Die geladen auf dem Verstoß lag und gab einen Schuß auf den Wütenden ab. Die Kugel traf den Mann in die Brust und durchbohrte die Lunge. Er brach tot zusammen.

Aus dem Bierlokal herausgehauen. In der „Münchener Post“ lesen wir: Die Starbierplattale laden und werden. Und es gibt auffallend viele, die Geld haben, von den Einladungen in Kneipenbuchstaben Gebrauch zu machen und die Kneipenpreise für das Bier mit Kneipenkraft hinzulegen. Vergangene Woche mußte nun die Polizei ausrücken, um dem fortgesetzten Suf beim Augustiner ein Ende zu bereiten. Dort weigerten sich norddeutsche Studenten, nachts um halb 1 Uhr das Lokal zu verlassen. Die norddeutschen

Beuten hatten Blut geleckt und wollten auch den Rest, den sie in dem Gange hinterließen, berühren. Da kamen die bayerischen Böwen von der Polizei und schlugen mit Gummitrutzeln im Lokal und auf der Straße drein. Auch die bayerischen Böwen mußten Haare lassen, aber sie blieben schließlich Herren der Situation. Und einige norddeutsche Studenten wurden zur Wache geführt.

Hohenzollern-Ehen.

Der Rechtsbeistand des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen — am bekanntesten durch seine Verurteilung wegen Kapitalverschwendung — läßt die Meldungen über die Auslagen der Prinzenfrau in dem Scheidungsprozeß der Baronin von Mettenberg als — lauter Lügen, als pure Verleumdung erklären. Als „Beweis“ dafür wird ausgeführt, daß der betreffende Termin nicht vor dem Landgericht in Potsdam, sondern vor dem Amtsgericht stattgefunden habe. Ein Termin hat also stattgefunden. Die Hohenzollern-Ehe des Prinzen Eitel Friedrich wird jedoch nicht aus der Öffentlichkeit verschwinden: das Anrecht an dem Reakteur der „Braunschweigischen Landeszeitung“ muß gutgemacht werden. Alle Rücksichten auf die Familieninteressen der Hohenzollern müssen dagegen zurücktreten; denn die Zeit ist und muß vorbei sein, da Gerichte um Fürstengeschlechter halber Beweisanträge ablehnten und Männer dafür ins Gefängnis schickten.

Da aber schon einmal von Hohenzollern-Ehen gesprochen werden muß, mag auch notiert werden, daß im Haus Doorn von einer Heirat gesprochen wird. Wilhelm der Defektor will sich wieder verheiraten, kaum daß seine Frau der Erde übergeben ist. Vor Monaten war bereits davon gesprochen worden, die Reichspressen hat die Nachricht voller Aufregung und Entrüstung demontiert. Jetzt wird bestätigt, daß Wilhelm 2. seine Wiederverheiratung ernstlich beabsichtigt. Er beabsichtigt, sich nicht mit einer organischen Ehe zu begnügen, wie sie vor fast genau einhundert Jahren sein Urgroßvater Friedrich Wilhelm 3. nach dem Tode der Königin Luise mit der Gräfin Auguste von Harrach schloß, sondern er hat sich an den König von Schweden mit der Bitte gewandt, daß dieser aus seinem persönlichen Rechtskreis- und Souveränitätsrecht Frau von Nocho zur Fürstin erhebt. Die Nachfolgerin der Königin Luise wurde aus eigener Machtvollkommenheit Friedrich Wilhelm 3. geehrt und später mit der Würde einer Gräfin von Hohenzollern bedacht; diesmal muß der König von Schweden einspringen, wo Holland in Not ist.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Zeile 2,00 Mark aufgenommen.
Verband der Rubrifschmiede, Sonnabend 7 Uhr Kleine Klosterstraße 15
Elsava des Vorstandes und der Statutenberatungskommission. 11106
Klug und Sportklub Vorwärts, Freitag den 17. März, abends 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im „Reichspalast“. 11105

Wasserstände.

| + bedeutet über, — unter Null. | | Folgt Buchs | |
|--------------------------------|--------|-------------|--------|
| Stelle. | 15. 3. | 16. 3. | 17. 3. |
| Darbus | 0,22 | 0,18 | — |
| Brandeis | + 1,10 | 0,15 | — |
| Reinick | + 0,70 | 0,22 | — |
| Feimertitz | + 0,79 | 0,17 | — |
| Auffig | 15. 3. | — | — |
| Dresden | — 0,50 | 0,14 | — |
| Dorau | + 1,94 | 0,26 | — |
| Wittenberg | + 3,33 | 0,27 | — |
| Kochlau | + 2,68 | 0,37 | — |
| Sten | 14. 3. | + 3,19 | 0,33 |
| Barby | 15. 3. | + 3,45 | 0,28 |
| Naumburg | + 2,42 | 0,2 | — |
| Gaueermlünde | + 4,00 | 0,1 | — |
| Wittenberge | + 3,78 | 0,67 | — |
| Penz | 14. 3. | + 4,07 | 0,08 |
| Embs | + 3,45 | 0,04 | — |
| Darchau | 13. 3. | + 3,23 | 0,08 |
| Wolzenburg | 14. 3. | + 3,43 | 0,05 |
| Sobinstorf | 15. 3. | + 3,45 | 0,03 |
| Düben | 15. 3. | + 0,86 | 0,04 |
| Saale. | 15. 3. | + 1,81 | 0,20 |
| Großk. | + 2,74 | 0,24 | — |
| Verdau | + 1,93 | 0,17 | — |
| Kalbe Oberpeg. | + 1,79 | 0,11 | — |
| Kalbe Unterpeg. | + 1,74 | 0,20 | — |
| Gräbne | + 1,78 | 0,22 | — |
| Brandenburg | 14. 3. | + 2,22 | — |
| Sberpegel | — | — | — |
| Brandenburg | — | — | — |
| Unterpegel | + 1,70 | — | — |
| Kathenow | — | — | — |
| Oberpegel | — | — | — |
| Kathenow | — | — | — |
| Unterpegel | — | — | — |
| Savelberg | + 3,55 | 0,04 | — |

Wettervorhersage.

Donnerstag den 16. März: Vorwiegend bewölkt, kühl, streifenweise geringer Regen (Schluß des redaktionellen Teils.)

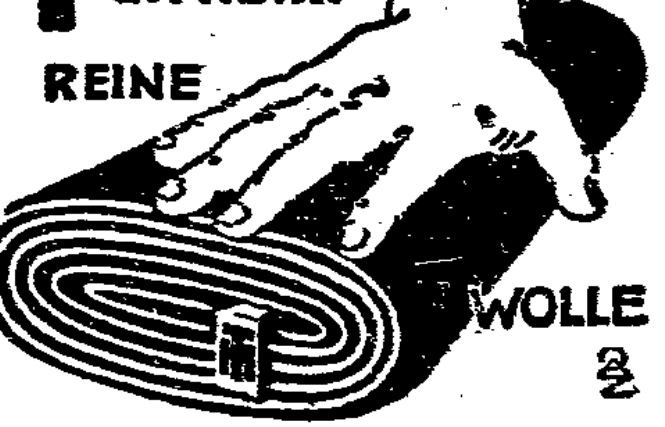
Wiederaufbau

heißt: Deutsche Wertarbeit fördern. Fahren Sie nur eine Bereifung, die ihren Wert durch die Praxis bewies, also



Regierungstrasse 24.

TUCHHAND Wir erfaßten rechtzeitig



gewaltige Warenmengen zu alten Preisen und stellen uns mit unsrer ganzen Macht, solange als irgend möglich, gegen die Preissteigerung. Die billigsten zu sein und zu bleiben.

Es liegt nicht in unsrer Absicht, geringe, nur sogenannte tragfähige Qualitäten zu niedrigen Preisen anzubieten, sondern wir bringen bekanntlich nur das Beste vom Besten in Anzug-, Kostüm- und Kleiderstoffen

Friedensqualitäten, aus garantiert reiner Wolle. Der Einkauf bei uns bringt Ihnen grosse Geldersparnisse

Laut Eintragung in Dr. Küsters Jahrbuch Lieferant für Staats- u. Kommunalbeamte!

Kein Laden — 1. Etage.

Fernsprecher 8328.

Fernsprecher 8328.

REGIERUNGstr. 24. GEGENÜBER DEM KLOSTER U. FRAUEN

